

Aussprache

Rechtsextremismus, Standortnationalismus und Gewerkschaften

(Zu dem Beitrag von Ralf Ptak und Fabian Virchow in Heft 6/2001, S. 366-375)

Die deutschen Gewerkschaften gehören als Arbeiter- bzw. Arbeitnehmerorganisationen mit christlich-sozialem, sozialdemokratisch-sozialistischem oder kommunistischem Entstehungshintergrund seit jeher zu den Hauptgegnern des Rechtsextremismus. Umgekehrt fühlten sich die meisten Gewerkschafter schon vor 1933 als Antifaschisten und bekämpften nach 1945 auch Parteien wie die NPD, die DVU und die REPublikaner, in denen sie Abkömmlinge der NSDAP sahen. Gewerkschaftsvorstände, Gliederungen und Funktionäre trugen Kampagnen, Bündnisse und Demonstrationen gegen Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und rechte Gewalt mit. Genannt sei hier nur die in den frühen 1980er-Jahren aus Frankreich übernommene Aktion „Mach meinen Kumpel nicht an!“, mit der die Gewerkschaftsjugend erfolgreich um Solidarität mit ausländischen Kollegen warb.¹

Bisweilen klagten Kritiker jedoch keineswegs ohne Grund über die mangelnde Konsequenz solcher Aktivitäten.² Gleichzeitig weist Nihat Öztürk auf die erhebliche Kluft zwischen der gewerkschaftlichen Beschlusslage zur Gleichstellung von Migranten und der Alltagsrealität in

Betriebs- und Personalräten sowie Gewerkschaftsgremien hin.³ Konrad Gilges, bis vor kurzem Vorsitzender des DGB-Kreises Köln, bekannte selbstkritisch: „Der türkische Kumpel ist uns als Dolmetscher, Agitator und Protestierender lieb und teuer, aber im Gewerkschaftshaus oder am Tisch der Tarifkommission findet er keinen Platz.“⁴

Da die REPublikaner nach ihrem Erfolg bei der Wahl zum Berliner Abgeordnetenhaus im Januar 1989 vor allem auch unter Polizeibeamten auf Zustimmung für ihren „Law-and-order“-Kurs stießen, beschäftigte sich zuerst die Gewerkschaft der Polizei (GdP) mit dem neu formierten Rechtsextremismus. Der damalige GdP-Vorsitzende Hermann Lutz hielt eine „konsequente Bildungsarbeit“, verbunden mit einer „Reform der Polizei-Ausbildung“, für die wirksamste Waffe, um der Entstehung und Verstärkung solcher Stimmungen bzw. Strömungen entgegenzuwirken.⁵ Ergänzend fasste der Bundesvorstand

1 Vgl. Verband der Initiativgruppen in der Ausländerarbeit-Regionalverband Nord (Hrsg.), S.O.S. Rassismus. Biographie einer Aktion, Berlin 1985

2 Vgl. Nihat Öztürk, Der Umgang mit Rassismus und Fremdenfeindlichkeit. Zwischen Bagatellisierung und hilflosem Aktionismus, in: Peter Kühne/Nihat Öztürk/Klaus-W. West (Hrsg.), Gewerkschaften und Einwanderung. Eine kritische Zwischenbilanz. Mit einem Vorwort von Jochen Richert, Köln 1994, S. 113 f.

3 Nihat Öztürk, Migrantendiskriminierung und Gewerkschaften, in: Gazi Caglar/Peyman Javaher-Haghighi (Hrsg.), Rassismus und Diskriminierung im Betrieb. Interkulturelle Verantwortung der Gewerkschaften, Hamburg 1998, S. 92 ff.

4 Konrad Gilges, Ausländerfeindlichkeit im Betrieb? Gewerkschaften und Rechtsextremismus, in: Christoph Butterwegge/Horst Isola (Hrsg.), Rechtsextremismus im vereinten Deutschland. Randerscheinung oder Gefahr für die Demokratie? Mit einem Vorwort von Eckart Spoo, Bremen/Berlin 21991, S. 147.

5 Siehe Hermann Lutz, Gewerkschaftliche Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus am Beispiel der Gewerkschaft der Polizei, in: Kurt Bodewig/Rainer Hesels/Dieter Mahlberg (Hrsg.), Die schleichende Gefahr. Rechtsextremismus heute, Essen 21990, S. 298 f.

seiner Gewerkschaft im Juli 1989 einen Beschluss zum extremistischen Charakter der REPublikaner und stellte die Unvereinbarkeit von Partei- und GdP-Mitgliedschaft fest.

Auch die IG Metall, seinerzeit noch mit Abstand größte Einzelgewerkschaft des DGB, erklärte die REPublikaner bereits 1989 in einer Entschließung ihres Gewerkschaftstages mit folgender Begründung zur gegnerischen Organisation: „Gesinnung und Haltung der „Republikaner“ lassen sich mit den gewerkschaftlichen Grundvorstellungen in keinem Punkt in Übereinstimmung bringen.“⁶ Über den organisatorischen Zwangsmaßnahmen, die sich auf solche Unvereinbarkeitsbeschlüsse gründeten, kam die offensive Auseinandersetzung mit der „Neuen Rechten“ in den eigenen Reihen jedoch zu kurz.⁷

Der damalige DGB-Vorsitzende Ernst Breit räumte in einem schiefen Bild (Rechtsextremismus ist nämlich keine Krankheit) ein, „dass auch die Zugehörigkeit zu einer Gewerkschaft nicht gegen den rechtsradikalen Bazillus immunisiert.“⁸ Hierauf mussten die Gewerkschaften nach seiner Meinung in erster Linie argumentativ und nicht administrativ reagieren: „Wer rechtsextremes Gedankengut in Wort oder Schrift vertritt, wer für rechtsextreme Parteien kandidiert oder zur Kandidatur für sie aufruft, hat in einer DGB-Gewerkschaft keinen Platz. Aber nicht alle, die einmal „Republikaner“ wählen, sind Faschisten. Mitläufer und Irregeleitete können ins Lager der Demokraten zurückgeholt werden.“⁹

Anknüpfungspunkte rechtsextremer Propaganda im gewerkschaftlichen und Massenbewusstsein

Zwar steht die scharfe, kompromisslose Abgrenzung des DGB wie seiner Mitgliedsgewerkschaften gegenüber Neonazis und rassistischer Gewalt außer Frage. Schwieriger erscheint die Bestimmung der Wechselwirkungen zwischen gewerkschaftlicher Orientierung/Organisierung von Menschen und deren Anfälligkeit gegenüber rechtsextremen Parolen, die sich z.B. in Wahlentscheidungen für solche Parteien dokumentiert. „Gewerkschaftsmitgliedschaft, ja selbst gewerkschaftliche Aktivität und Neigungen zur extremen Rechten schließen einander nicht aus.“¹⁰ Eine im Auftrag des WDR durchgeführte Studie von Infratest dimap kam 1998 sogar zu dem Resultat: „Insgesamt gesehen ist die Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft keine Barriere (mehr) für die Wahl einer rechtsradikalen Partei. Sie ist im Gegenteil derzeit eher förderlich für die Bereitschaft, rechtsradikal zu wählen. Insbesondere viele junge und arbeitslose Gewerkschaftsmitglieder sind geneigt, einer rechtsradikalen Partei ihre Stimme zu geben.“¹¹

Wie kann man solche Untersuchungsergebnisse erklären? Zu kurz greift ein Konzept, das die Anfälligkeit vieler Gewerkschaftsmitglieder für fremdenfeindliche und rassistische Einstellungsmuster bloß auf ihr gesellschaftliches Umfeld zurückführt und darin ein Spiegelbild der Bevölkerungsmeinung schlechthin sieht: „Gewerkschaften existieren nicht im luftleeren Raum; sie atmen die gleiche, mit Vorurteilen und fremdenfeindlichen Parolen angereicherte Luft wie die übrige Gesellschaft.“¹² Das tun Antifa-

6 16. Ordentlicher Gewerkschaftstag der IG Metall 1989, Entschließung 22: Politischer Extremismus, in: Richard Stöss, Die „Republikaner“. Woher sie kommen. Was sie wollen. Wer sie wählt. Was zu tun ist, Vorwort: Ernst Breit, Köln 1990, S. 147 (Anhang)

7 Vgl. Gilges, Ausländerfeindlichkeit, S. 147

8 Ernst Breit, Vorwort, in: Stöss, Die „Republikaner“, S. 9

9 Breit, Vorwort, S. 11

10 Klaus Dörre, Sehnsucht nach der alten Republik? Von den Schwierigkeiten einer gewerkschaftlichen Politik gegen Rechtsextremismus, in: Wilhelm Heitmeyer (Hrsg.), Das Gewalt-Dilemma. Gesellschaftliche Reaktionen auf fremdenfeindliche Gewalt und Rechtsextremismus, Frankfurt/M. 1994, S. 187.

11 Das rechtsextreme Wählerpotential bei Gewerkschaftsmitgliedern. Eine Untersuchung von Infratest dimap im Auftrag von WDR 2, Köln August 1998, S. 5.

12 DGB-Bundesvorstand/Grundsatzabteilung (Hrsg.), Schlussbericht der Kommission Rechtsextremismus, Auftrag des 16. Ordentlichen Bundeskongresses des DGB, Berlin, Mai 2000, S. 32.

Initiativen und demokratische Parteien auch. Es gibt aber neben mancherlei organisatorischen Parallelen (ein hohes Maß an Zentralismus und Bürokratismus) auch ideologische Berührungspunkte zwischen Gewerkschaften und rechtsextremen Gruppierungen. Eine problematische Schnittmenge liegt in der Überzeugung, dass man auf den „Wirtschaftsstandort D“ stolz sein dürfe und ihn stärken müsse, um den Wohlstand für die Arbeitnehmer hierzulande mehren zu können. Den festen Glauben an die Überlegenheit des „eigenen“ Wirtschaftsstandortes teilen viele Gewerkschafter mit den Rechtsextremisten. Diese sich im Zuge der Globalisierung und einer neoliberalen Modernisierung von Wirtschaft, Gesellschaft und Staatsapparat ausbreitende Ideologie schafft einen günstigen Nährboden für die Marginalisierung bzw. die Ausgrenzung von (ethnischen) Minderheiten.

Zu ähnlichen Schlussfolgerungen gelangt Klaus Dörre, wenn er befürchtet, dass nationalistisches Denken im Zuge der Globalisierung neue Nahrung erhalte, wobei die Klassifizierung des „Eigenen“ und des „Fremden“ einer „Logik der Konkurrenz um Vorteile (Rechte), Ressourcen und Macht“ folge: „Nation und kulturelle Differenz werden repolitisiert und strategisch eingesetzt; sie dienen als ideologische „Bollwerke“ gegen Negativfolgen einer internationalisierten Ökonomie.“¹³ Wo die Umverteilung von unten nach oben mit dem Hinweis auf Globalisierungsprozesse - als für die Sicherung des „eigenen Wirtschaftsstandortes“ nützlich, ja unbedingt erforderlich - legitimiert wird, entsteht ein geistiges Klima, das (ethnische) Ab- und Ausgrenzungsbemühungen stützt. Man rühmt Deutschlands Rolle als „Exportweltmeister“, statt sie zu hinterfragen sowie die Nachteile für Importstaaten zu reflektieren, und deutet die „Schlacht um den Weltmarkt“ - ökonomische Machtverhältnisse bzw. soziale Beziehungen ethnischierend - in einen Kampf zwischen Nationen oder Kulturen um.¹⁴ Das in der Bundesrepublik stärker als in den meisten anderen Ländern verbreitete Bewusstsein, auf den internationalen Märkten einer „Welt von Feinden“ gegenüber zu stehen und durch „deut-

schen Erfindungsgeist“, größeren Fleiß und noch mehr Opferbereitschaft die Überlegenheit des „eigenen“ Wirtschaftsstandortes unter Beweis stellen zu müssen, nenne ich „Standortnationalismus“.

Heute ist das Beharren auf ethnischer „Andersartigkeit“, „Belastungsgrenzen“ und Bedrohung durch Zuwanderung im öffentlichen Diskurs der Bundesrepublik zu einer gängigen Argumentationsfigur geworden. Mathias Brodkorb geht im SPD-Theorieorgan „Die Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte“ noch ein ganzes Stück weiter: „Solange (...) die etablierte Politik nicht die Frage stellt, welchen Beitrag sie selbst zur Zunahme der Fremdenfeindlichkeit leistet, bleibt die momentane Diskussion fadenscheinig. Es macht wenig Sinn, nur auf Stoibers „durchrasste Gesellschaft“ oder Rüttgers' „Kinder statt Inder“-Kampagne zu deuten, denn auch SPD und Gewerkschaften haben in Vergangenheit und Gegenwart ihren Beitrag dazu geleistet, dass rechtsextremes Gedankengut auf guten Nährboden trifft: Gewerkschaften konzentrieren sich seit Jahren auf nationale Standortpakete, anstatt die Herausforderungen der Globalisierung offensiv anzugehen.“¹⁵

Auch wenn man das Bündnis für Arbeit, Ausbildung und Wettbewerbsfähigkeit nicht so kritisch bewertet wie Brodkorb, lässt sich seine Schlussfolgerung nachvollziehen, dass es die Übernahme der (gegen ausländische Konkurrenten auf dem Weltmarkt gerichteten) Standortlogik durch den DGB und seine Einzelgewerkschaften den rechtsextremen Parteien möglicherweise erleichtert, Parolen wie „Arbeitsplätze zuerst für Deutsche!“ zu verbreiten. Hier liegt seiner Meinung nach auch einer der Gründe dafür, dass Gewerkschafter für rechtsextreme (Wahl-)Parolen anfälliger sind als Nichtmitglieder.

Was die Gewerkschaften gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Gewalt tun können

„Die Glaubwürdigkeit und Überzeugungskraft gewerkschaftlicher Politik fängt da an, wo das

13 Dörre, Sehnsucht nach der alten Republik?, S. 184.

14 Siehe Ralf Ptak/Fabian Virchow, Gewerkschaften und die extreme Rechte in Zeiten des Neoliberalismus, in: Gewerkschaftliche Monatshefte 6/2001, S. 375.

15 Mathias Brodkorb, Rechtsextremismus ist kein Problem von „Randgruppen“, in: Die Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte 10/2000, S. 581 f.

eigene Handeln und die eigenen Positionen selbstkritisch reflektiert werden.“¹⁶ Von wissenschaftlicher Seite den Gewerkschaften eine Fundamentalkritik am Neoliberalismus und an dessen Standortlogik zu empfehlen, ist natürlich mitnichten als „Versuch, dem DGB ein Bekenntnis zur Partei- und Staatsdoktrin der SED und der DDR unterzujubeln“, zu werten, wie dies Otto Sundt allen Ernstes gegenüber Ralf Ptak und Fabian Virchow behauptet: „Wenn der Begriff „Neoliberalismus“ durch den herkömmlichen Begriff „Kapitalismus“ ersetzt wird, kommt deutlich die altstalinistische Faschismusthese zum Vorschein, nach der der Kapitalismus eine Verschwörung zur Durchsetzung des Faschismus ist.“¹⁷ Neoliberalismus ist gerade nicht gleichbedeutend mit wohlfahrtsstaatlichem („rheinischem“) Kapitalismus bzw. Sozialer Marktwirtschaft, vielmehr eine Gesellschaftstheorie, welche die Konkurrenz verabsolutiert und die soziale Verantwortung für Schwächere leugnet, also einem „schweinischen“, rücksichtslosen und rechte Ideologien nährenden Kapitalismus das Wort redet.

Erschwert wird die gesellschaftspolitische Aufgabe der Gewerkschaften dadurch, dass sich in ihren Reihen sowohl „Globalisierungs- bzw. Modernisierungsgewinner“, d.h. berufliche Aufsteiger aus dem Bereich der neuen Informations- und Kommunikationstechnologien, als auch „Globalisierungs- bzw. Modernisierungsverlierer“, Arbeitslose und prekär Beschäftigte aus den sog. Altindustrien, befinden. Diese soziale Heterogenität be- oder verhindert eine Blockbildung gegen Rechtsextreme, weil sozialökonomische Interessengegensätze und politische Mentalitätsunterschiede zwischen den gewerkschaftlich Organisierten selbst bestehen.

Wohl gibt es - je nach Einzelgewerkschaft, zum Teil auch je nach Untergliederung bzw. dem dafür zuständigen Gremium – unterschiedlich ausgerichtet und gewichtet gewerkschaftliche Initiativen gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Gewalt, die aber kaum Erfolge zeitigen, weil ihnen kein überzeugendes, in sich stimmiges Konzept zugrunde liegt: „Die gewerkschaftlichen Maßnahmen gegen rechtsextreme Tendenzen sind entweder falsch oder zumindest nicht ausreichend, auch und gerade, was die Anfällig-

keit der eigenen Mitglieder für Rechtsaußen-Parteien angeht.“¹⁸ Obgleich die Behauptung Wilhelm Heitmeyers, eine gewerkschaftliche Politik gegen den Rechtsextremismus finde nicht statt, zu weit geht, bleibt zu resümieren, dass sie durchaus Leer- und Schwachstellen hat, wie Thomas von Freyberg meint.¹⁹

Fast durch alle gewerkschaftlichen Stellungnahmen und Schulungsmaterialien zieht sich wie ein roter Faden das Argument, der (Dauer-)Aufenthalt von Ausländern liege im Interesse der Einheimischen, der Volkswirtschaft (Steigerung des Bruttoinlandsprodukts) und der sozialen Sicherungssysteme (aufgrund einer günstigeren Altersstruktur von Zuwanderern insbesondere der Rentenkasse).²⁰ Man weist auf demografische Probleme, wie etwa die angeblich drohende „Vergreisung“ Deutschlands, hin und leitet daraus ab, dass sich unser Lebensstandard ohne die Aufnahme junger, möglichst kinderreicher Migranten auf Dauer nicht werden halten lassen. Eine gewerkschaftliche Bildungsarbeit, die Ressentiments gegenüber Ausländern zu verringern sucht, indem sie vorrechnet, dass diese den Wohlstand im Aufnahmeland erhöhen, verfehlt aber ihr Ziel, weil das utilitaristische, für den Rassismus konstitutive Denkschema, Personen nach ihrer Nützlichkeit für das „eigene“ Kollektiv zu beurteilen, übernommen und damit (ungewollt) zementiert wird.

Martin Baethge bemerkt zu Recht, dass wirtschaftliche Prozesse in der alten Bundesrepublik über Jahrzehnte hinweg nur gemäß ihrer Wachstumslogik, jedoch nicht politisch diskutiert

16 Ptak/ Virchow, Gewerkschaften.

17 Otto Sundt, Altstalinistische Faschismusthese, in: Gewerkschaftliche Monatshefte 8-9/2001, S. 554.

18 Claudia Dammann, DGB-Mitgliedschaft: keine Barriere gegen Rechts. Analyse des rechtsextremen Wählerpotentials unter Gewerkschaftsmitgliedern und ihres Wahlverhaltens bei der Bundestagswahl 1998, in: Jens Mecklenburg (Hrsg.), Braune Gefahr. DVU, NPD, REP – Geschichte und Zukunft, Berlin 1999, S. 219.

19 Vgl. Wilhelm Heitmeyer, Eine gewerkschaftliche Politik gegen den Rechtsextremismus findet nicht statt, in: Gewerkschaftliche Monatshefte 10/1992, S. 620 ff.; Thomas von Freyberg, Blinde Flecken gewerkschaftlicher Politik gegen Rassismus und Ausländerfeindlichkeit. Ein Plädoyer für eine betriebsnahe Bildungsarbeit gegen ethnische Diskriminierung am Arbeitsplatz, in: Gewerkschaftliche Monatshefte 8/1995, S. 474 ff.

20 Vgl. z.B. Franz Steinkühler (damals Vorsitzender der IG Metall), Ausländer sind unentbehrlich, in: Michael Jürgs/Freimut Duve (Hrsg.), Stoppt die Gewalt! Stimmen gegen den Ausländerhaß, Hamburg/Zürich 1992, S. 52 f.

worden seien, und zwar weder auf der Unternehmenseite noch innerhalb der Gewerkschaften: „Folglich sind auch die Zusammenhänge zwischen globaler und nationaler Umverteilung von Arbeit nicht auf der politischen Tagesordnung, sondern geht die Standort-Deutschland-Debatte allein um die Sicherung von imperialer Weltmarktposition und nationaler Wohlstandsprivilegierung. Sie in eine andere Richtung zu lenken, in der nicht probate Rezepte für die Rückeroberung der besten Ausgangsposition für neue Exportschlachten der deutschen Wirtschaft im Mittelpunkt stünden, sondern die Möglichkeiten einer gerechteren globalen Umverteilung geprüft würden, wäre vermutlich eines der wichtigsten politischen Mittel zur Eindämmung von und Prävention gegen Fremdenfeindlichkeit.“²¹

Arno Klönne hebt hervor, dass die Interessen- und Konfliktorientierung in der Bildungsarbeit aufgrund einer mit dem Globalisierungsprozess verbundenen „Rückkehr der sozialen Frage“ wieder aktuell sei.²² Statt sich mit „dem Fremden“, seiner Furcht einflößenden Wirkung oder möglichen Faszination zu beschäftigen, sollte die antirassistische Bildungsarbeit auf die eigene Gesellschaft, ihre ungleichen Verteilungsrelationen und fragwürdigen Machtverhältnisse gucken. Charakteristisch für den Standortnationalismus - wie für jede andere Spielart des Chauvinismus - ist die Betonung des staatsbürgerlichen „Innen-außen“-Gegensatzes. Aufgabe der gewerkschaftlichen Jugendbildung wäre es, die Bedeutung dieser Konfliktlinie dadurch zu relativieren, dass der innergesellschaftliche „Oben-unten“-Gegensatz schärfer konturiert wird.

Statt die soziale mit der nationalen Frage zu verbinden, wie es Rechtsextremisten tun, muss man die demokratische mit der sozialen Frage verknüpfen. Denn damit die moderne Demokratie funktionieren kann, bedarf sie wohlfahrtsstaatlicher Fundamente. Je brüchiger diese durch Leistungskürzungen für Bedürftige werden und je stärker sich die soziale Polarisierung in Arm und Reich manifestiert, umso eher ist die parlamentarische Demokratie durch rechts-extreme Bestrebungen gefährdet. Anknüpfungspunkte findet die gewerkschaftliche (Jugend-)Bildungsarbeit im ausgeprägten Interesse vieler Menschen an Zukunftsthemen. Fragen nach gesellschaftlichen Entwicklungsperspektiven („Wie und in welcher Welt wollen wir leben?“) stellen eine gute Basis für Problemstellungen ökonomisch-sozialer, ökologischer und demokratischer Natur dar.²³ Dabei ist mit zu bedenken, dass die kontinentale Dimension aufgrund der europäischen Integration in Zukunft wichtiger sein wird als „nationale Identität“ und „Standortqualität“.

*Christoph Butterwegge,
Köln*

21 Martin Baethge, Zwischen Weltoffenheit und Diskriminierung. Die Zwiespältigkeit der Wirtschaft gegenüber der Fremdenfeindlichkeit, in: Heitmeyer (Hrsg.), Gewalt-Dilemma, S. 210.

22 Siehe Arno Klönne, Die Rückkehr der sozialen Frage. Die Konfliktorientierung wird in der sozialen und politischen Bildung wieder aktuell, in: Arbeit und Leben DGB/VHS, Landesarbeitsgemeinschaft NW (Hrsg.), Die Rückkehr der sozialen Frage. Zur Aktualität politischer Bildung, Schwalbach im Taunus 1998, S. 61 ff.; vgl. auch: Arno Klönne, Schwierigkeiten politischer Jugendbildung beim Umgang mit dem Thema „Rechtsextremismus“, in: Christoph Butterwegge/Georg Lohmann (Hrsg.), Jugend, Rechtsextremismus und Gewalt. Analysen und Argumente, Opladen 2001, S. 259 ff.

23 Vgl. dazu: Hans-Werner Horn, No time for losers. Rechte Orientierungen gewerkschaftlich organisierter Jugendlicher, in: Gewerkschaftliche Monatshefte 8/1995, S. 496.